



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

382 (21.8.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205043](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205043)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgegend monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Seite ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Mannh. Frauen-Zeitung, Mannh. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

Zur Lage.

Die nächsten Tage werden folgenreichere Entwicklungen für das deutsche Volk bringen. Das Scheitern der Londoner Konferenz und die Drohungen Frankreichs haben einen ...

Scharfe Auffassung gegenüber Deutschland zum Ausdruck gebracht. Bei den Reparationsverhandlungen ging ihm der Standpunkt der übrigen Delegierten des öfteren nicht weit genug.

Was geplant sein soll.

London, 21. August. Die „Times“ melden aus Paris: Der Mittelpunkt des Interesses sei für den Augenblick nach Berlin verlegt worden, wo die Delegierten der Reparationskommission versuchen, einen Mittelweg zu finden.

1. Wird Deutschland kein Moratorium gewährt werden. Aber Belgien, das verfassungsmäßig auf die Reparationen ein Prioritätsrecht habe, werde anstatt Bargeld ...

2. Andere Kreditoperationen, die beruhen würden auf dem Grundsatz der Selbstaufnahme auf besondere deutsche Werte, würden die Lage zeitweise bessern, obgleich Brabury immer erklärt habe, alle derartige Operationen bedeuteten in Wirklichkeit, daß die Kredite der Alliierten gegenüber Deutschland diesem damit die „Augen herausnehmen“ würden.

3. Die Goldreserven von Deutschland müßten nach dem besetzten Gebiet gebracht werden und würden von den Alliierten als Pfänder angesehen werden. Da sie 1 Milliarde Goldmark betragen, seien sie ebenso wertvoll als Pfand, als die Bergwerke und Wälder.

4. Eine Art Kontrolle der Bergwerke und Wälder, die Brabury auf der Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, würde vielleicht von der Reparationskommission immer noch zugestanden werden, vorausgesetzt, daß Poincarés Pläne genügend abgeändert werden, um sie der deutschen Regierung annehmbar zu machen.

5. Eine umfassendere Regelung werde, wenn sich die Möglichkeit dazu biete, von Brabury mit der deutschen Regierung erörtert werden. Der Berichterstatter teilt mit, daß diese umfassendere Regelung dem bereits von ihm in der vorigen Woche in einem Pariser Blatte ausgearbeiteten Plane entspreche. Dieser Plan bestünde bei dem britischen Schaham und betreffe die Teilung der deutschen Schuld in zwei Teile, in eine jährliche Zahlung von 2 Milliarden Goldmark, zahlbar in 30 Jahren (auch von einer 20jährigen Barzahlung, bei der Rede gewesen) oder einem nach 30 Jahren zahlbaren Betrag von 100, möglicherweise auch von 110 Milliarden Goldmark.

Frankreichs kostspielige Politik.

London, 21. Aug. Bezugnehmend auf die entwürsteten Fragen des Temps, ob nach der britischen Ansicht die fraglichen U-Boote gegen Großbritannien gebaut würden, schreibt Daily Chronicle in seinem Leitartikel: Wir haben gelernt, daß die französische Politik in dieser Hinsicht ...

Das Blatt schließt: Wir wollen eine Politik des europäischen Friedens und des Wiederaufbaus und für eine solche Politik würden wir bereit sein zu zahlen. Aber weshalb sollten wir, bevor Frankreich bereit ist, etwas zu tun, um in dieser Richtung zu unterstützen, eine Schuld erlösen, die auch Frankreich bezahlen könnte, wenn seine Politik weniger lastspielig wäre.

Aggressive Politik des französischen Imperialismus.

London, 21. August. Der Observer veröffentlicht einen Artikel Tschischewins, in dem es heißt: Der Hauptkritikum, den die westlichen Regierungen begangen hätten, sei der gewesen, daß Rußland auf den Äulen liege. Rußland brauche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Nationen, könne es sich jedoch nicht leisten, zu warten. Der allgemeine Eindruck in Rußland sei der, daß das System der Konferenzen für den Augenblick sehigefschlagen habe. Das Hauptziel der russischen Politik, die Entwicklung der Produktivität zwinge Rußland, dauernde wirtschaftliche Beziehungen mit allen Ländern zu suchen und daher auf eine allgemeine Friedensregelung hinzuwirken. Rußland leide ebenso wie der gesamte Kontinent unter der aggressiven Politik des französischen Imperialismus.

Für eine Konferenz der Schuldnerstaaten.

Paris, 20. Aug. Senator Henry de Jouvenel beschloß sich in einem Artikel im „Matin“ mit der Frage der Kriegsschulden, indem er darauf hinweist, daß Poincaré in London den Vertretern der Staaten, die Frankreich Geld schuldten, Erklärungen abgegeben habe. Diese Erklärungen machten Poincaré zum natürlichen Verteidiger aller Staaten, die Geld hätten leihen müssen, um den Krieg fortsetzen zu können. Es sei die Stunde deshalb nicht gekommen, um die Aktion dieser Länder mit der Aktion Frankreichs zu verbinden, da ihr Schicksal an das Frankreichs ge-

knüpft sei. Man solle nach Paris eine Konferenz der Schuldnerstaaten einberufen und gemeinsame Beschlüsse fassen und als Antwort auf die Balfournote ein ähnliches Memorandum an Lloyd George richten, daß die Unterzeichneten Frankreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Polens trage. Sind wir denn Holzer, wenn wir die Staaten Europas vertreten: wenn wir uns mit allen unseren Verbündeten einigen, um dem englischen Ministerpräsidenten zu sagen: Ein großes Volk, wie das englische Volk dürfe sich hinter kein anderes Volk verstecken. Wenn im August 1914, als Deutschland Belgien angegriffen habe, Großbritannien sich damit begnügt hätte, das unmoralische des Einfalles festzustellen, und auf Amerika zu warten, dann hätte es sich nicht zum Herrn der deutschen Flotte und der deutschen Kolonien machen können, sondern England hätte seine eigene Flotte verloren und seine Kolonien dazu, ja sogar das Recht, seine Stimme in Europa erheben zu dürfen. England möge aufhören, die Kriegsschulden zu verlangen; denn das Interesse der Alliierten, ja sogar das Deutschlands, das Hell Europas, ja sogar das Gewissen Englands seien in dieser Schuldenfrage befallene auf seinen Frankreichs. Können die britische Regierung unter diesen Umständen jenseits des Kanals allein bleiben?

Die „Papiertseken“.

wex. Wien, 18. August. Wie sehr hatten sie sich einst über dieses Wort aufgeregt die Moralisten der Entente! Und heute? Sie und da hört man noch von der „Heiligkeit“ der Friedensverträge sprechen, allein diese Phrasen verblühen zu wesenlosen Schatten gegenüber der Wirklichkeit der Zerstörung der Friedensverträge durch die Entente selbst. Der rumänische Ministerpräsident hat kürzlich namens der kleinen Entente verkündet lassen, daß die Bestimmungen der Verträge über den Schutz der Minderheiten null und nichtig seien, Lloyd George läßt Poincaré vorwerfen, daß Frankreich den Vertrag von Versailles zerreiße, und die leitenden Minister der Entente erklären soeben in London, daß sie außerstande seien, der Kreditversicherung zu genügen, die die Entente im Vertrage von St. Germain gegenüber Deutsch-Oesterreich eingegangen ist!

Ueberrascht wurde dadurch allerdings niemand. Nur Toren konnten erwarten, daß die Staaten der Entente Deutsch-Oesterreich Geld leihen, nur unheilbare Ideologen konnten erwarten, daß die Entente ihre Vertragsverpflichtungen erfüllen werde. Auch die Sage Deutsch-Oesterreichs hat sich deshalb durch den Londoner Beschluß nur insofern geändert, als nunmehr auch an der Donau das Eingebäude der Erfüllungspolitik zusammengebrochen ist, und jedermann die harte, aber sehr heilsame Erkenntnis wird, daß die Bedrückung der Alpenländer vor allem aus sich selbst heraus sich ihre Zukunft schaffen muß.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutsch-Oesterreichs ist ernst, sehr ernst, das Salvaatproblem scheint in seinen Utopienarmen alles zu erdrücken, allein noch kein Volk ist bisher an der Salvaat zugrunde gegangen, und auch Deutsch-Oesterreich wird um so eher die furchtbare Krise, in der es sich befindet, überwinden, je rascher und rücksichtsloser es die Konsequenzen daraus zieht, daß die Entente selbst den Vertrag von St. Germain zerrissen hat und Frankreich sich anständig, auch den scheinbaren Rechtsboden der Verträge zu verlassen, durch Gewalt, durch die Wiederaufnahme des Krieges zu eröffnen, was es sich in Versailles noch nicht zu sichern vermochte.

Auch in der Schichte der Arbeiter der Alpenländer ist längst jene Stimmung verlogen, die vom Westen her das Heil der Welt und den Abbruch des tausendjährigen Reiches erwartet. An ihre Stelle ist die Erkenntnis getreten, schändlich betrogen worden zu sein, und das Verlangen nach einem wahren Frieden, der nur anbrechen kann, wenn der Schlang der französischen Eroberungslust der Kopf zertritten wird, und mit ihr auch das Gewürm hinsirbt, das der französischen Absolutismus in Prag und anderwärts ausgebrütet hat.

Zum Besuch des österreichischen Bundeskanzlers.

Berlin, 21. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipf wird morgen mittags um 5 Uhr von Prag in Berlin eintreffen. Er wird auf dem Bahnhof vom Reichskanzler Dr. Wirth und dem Staatssekretär Dr. Simson sowie Geh. Rat Rümelin vom Auswärtigen Amt empfangen werden. Der Hauptzweck der Reise dürfte informativ sein, wobei auch die Maßnahmen über die verschiedenen Möglichkeiten einer notwendigen Rettungsaktion von selbst sich ergeben würden.

Der „S. Ztg.“ wird aus Wien gedruckt, den Anstoß zur Reise des Bundeskanzlers habe der Beschluß der Londoner Konferenz gegeben, das österreichische Problem an den Völkerbund zu verweisen. Dieser ist das Forum, an den sich nach Artikel 88 des Friedensvertrages Deutsch-Oesterreich auch zu wenden hat, um eine Aufhebung des Anschlußvertrages zu erwirken. Sollte die österreichische Frage auf der nächsten Tagung des Völkerbundes zur Sprache kommen, so besteht die Möglichkeit, daß von anderer Seite die Lösung dieser Frage vorgeschlagen wird, die mit dem Ziel der österreichischen Politik und der Erlösung und den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes in Oesterreich in idyllischem Gegensatz steht. Es ist geradezu in manchen dieser Kreise von einer Teilung Oesterreichs die Rede. Soviel steht fest, daß sich die Nachbarn der Republik Oesterreich die Lösung bei einer Katastrophe ebenfalls anders vorstellen, als bei einem Anschluß an Deutschland. Der Gefahr, daß die österreichische Frage als eine politische von anderer Seite aufgerollt würde, wachte nun die österreichische Regierung zuvorskommen, daß sie selbst die politischen Modalitäten der nächsten Zukunft zur Sprache stelle. Es müßte verhindert werden, daß von außen her Pläne geschnitten werden, auf deren Gestaltung Deutsch-Oesterreich keinen Einfluß habe. Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß Bundeskanzler Seipf nach Prag, Berlin und im Anschluß hieron nach Rom und anderen europäischen Hauptstädten mit konkreten Absichten reise.

Die Berliner Verhandlungen.

Berlin, 21. August. (Von unserm Berliner Büro.) Die beiden Vertreter der Reparationskommission Brabury und Maucere wurden heute mittags vom Reichskanzler empfangen. An dem Empfang schlossen sich die Vertreter an. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der von seiner Weidarmreizeug wieder genesen ist, nimmt daran teil. Wirth und Dr. Simson, das Reichswirtschaftsministerium und das Wiederaufbauministerium beteiligt. Für heute nachmittags ist eine Kabinettsitzung anberaumt.

Kein Grund zu Optimismus!

Berlin, 21. Aug. Zu den heute beginnenden Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin will die „R.“ aus bester Quelle erfahren haben, daß man in denjenigen Kreisen, diesen Verhandlungen in Berlin, die eine Entspannung wünschen, entgegensteht. Maucere würde im Einverständnis mit Brabury sehr scharfe Bedingungen vorlegen, die sich nach Hauptlage wieder um die produktiven Wälder drehen würden. Maucere sei allerdings autorisiert über einzelne Bedingungen mit und Inhalt hand. Mauceres persönliche Stellung sei zudem dem Reichswirtschaftsministerium, sei öffentlich noch nicht mit seiner unerschütterlichen Haltung hervorgetreten, habe aber schon wiederholt eine sehr

Herriot, Tschitscherin und Wirth.

Eine feine Erfindung.

In der Presse finden sich Meldungen, wonach der Reichstangler sich über die bevorstehende Zusammenkunft des französischen Deputierten Herriot und des russischen Außenministers Tschitscherin außerordentlich befreudigt geäußert habe.

So das „Berliner Tageblatt“ — nicht die amtliche Stelle des Reiches. Es wäre an der Zeit und dringend nötig, daß der Kanzler sich zu der vom „Temps“ gebrachten Meldung äußerte!

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen.

Die große Mißstimmung.

Paris, 19. Aug. Die sich der „Temps“ aus Straßburg melden läßt, hat man in der öffentlichen Meinung eine Bewegung gegen die Restriktionen festgestellt, die am 3. August gegen die in Elsaß-Lothringen wohnhaften Deutschen ergriffen worden sind.

In der „Neuen Straßburger Zeitung“ wiederholte Abgeordneter Frey, was er schon früher gegen die Sanktionen eingewandt habe und befindet sich damit plötzlich in Uebereinstimmung mit seinen radikalsten Gegnern.

Der „Temps“ fügt hinzu, die Maßnahmen, die der Ministerpräsident angeordnet habe, seien in verschiedenen Punkten gemildert worden. Da z. B. die Regierungskommission von Saarbrücken zusammen der recht zahlreichen, in Elsaß-Lothringen wohnhaften Saarländer interressiert habe, sei ihr anstehend die Versicherung gegeben worden, daß deren Personen und Güter von der Maßregel nicht berührt würden.

Erinnerung des Volkswirtes: Unschwer merkt die französische Regierung den schweren Mißgriff, den sie mit den Restriktionsmaßnahmen begangen hat und wünscht ihn jetzt in einer Weise abzuändern, welche der französischen Absicht im Rheinland zuzugute kommen soll.

Keine Zurücknahme der Ausweisungen.

Berlin, 20. Aug. Ueber die von einer Nachrichtenagentur verbreitete Pariser Meldung, daß die französische Regierung sich angeht über die Ausweisung der Deutschen aus Elsaß-Lothringen in allen Kreisen der elsasslothringischen Bevölkerung angeschlossen habe, zahlreiche vorgenommene Ausweisungen wieder rückgängig zu machen, liegt an zuständiger Stelle eine Bestätigung nicht vor.

München-Berlin.

München, 21. Aug. Die Minister Dr. Schmezer und Dr. Gürtner trofen nach Abschluß der Verhandlungen mit der Reichsregierung von Berlin kommend heute Montag wieder in München ein.

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Welten.

„Haben Sie mir sonst noch etwas zu sagen, Herr Konsul Rau?“ Erich Rau hat seine Fassung wiedergefunden. „Wenn Sie Genehmigung wünschen, siehe ich Ihnen zur Verfügung.“

Aus dem besetzten Gebiet.

Gegen die Ausweisung Dr. Momms.

Wiesbaden, 21. Aug. Die Amtsenthebung des Regierungspräsidenten Dr. Momms durch die Interalliierte Rheinlandkommission hat unter der gesamten Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen.

Verteuerung des Brotgetreides durch politische Kundgebungen.

Folgende Darstellung entnehmen wir einer Denkschrift der Handelskammer Düsseldorf an den hiesigen Oberbürgermeister:

Am Nachmittag des 4. Juli, an dem die zweite Kundgebung zum Schutze der Republik stattfand, drang ein Trupp junger Leute in die Bewalnung des größten Getreidehandelsgeschäftes Düsseldorf ein.

Die Simultanschule in Baden.

Schon vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren die Schulangelegenheiten in Baden mehr als anderswo Sache des gesamten Volkes geworden.

Die Bestrebungen der Lehrer bezogen sich nicht nur auf Erhöhung ihrer ganz erbärmlichen Besoldungen (140 bis 300 Gulden jährlich), sondern auch auf Veränderung in der Beaufsichtigung der Volksschule und auf Umwandlung der Konfessionsschule in partielle Gemeindeschulen.

Die Bestimmungen über das Ziviltragen im Reichsheere. Die Bestimmungen über das Ziviltragen der Reichswehrangehörigen sind dahin geändert worden, daß in Zukunft alle Angehörigen des Reichsheeres einheitlich der zum Dienenden Tragen der Uniform verpflichteten Militärbeamten mit Genehmigung ihrer Disziplinargelehrten vom Battalionkommandeur einseitig

gehört ihre Volksschule tatsächlich zu den allerfehlendsten des Landes. In einer überfüllten Knabenklasse B, die das 8. und 9. Schuljahr umfaßt, konnten die Schüler im Jahre 1920 nur noch dürftig lesen und hatten das Einmaleins nicht inne.

Und wie stand es mit dem Religionsunterricht der Geisteslichen, die die Schule leiten sollten? Sie erfüllten ihn nicht regelmäßig und ließen sich auch sonst nur selten im Schulhaus sehen.

Es ging Jahre lang, bis sich auch die Mehrzahl der Geisteslichen mit der gemischten Schule auseinandergesetzt hatte.

Der sein Wohnort recht gewissenhaft bezeugt, wird eine Zerstreuung unserer längst bewährten Simultanschule und die Übervereinbarung der alten Beaufsichtigung gewiß nicht wünschen.

Deutsches Reich.

Gegen polnische Gebietsansprüche.

19. Deutschen, 19. Aug. Angesichts der polnischen Forderungen bei der Grenzfestlegungskommission fanden in sämtlichen Anlagen der Königin-Luise-Grube Versammlungen der Belegschaften statt.

Bestimmungen über das Ziviltragen im Reichsheere.

Die Bestimmungen über das Ziviltragen der Reichswehrangehörigen sind dahin geändert worden, daß in Zukunft alle Angehörigen des Reichsheeres einheitlich der zum Dienenden Tragen der Uniform verpflichteten Militärbeamten mit Genehmigung ihrer Disziplinargelehrten vom Battalionkommandeur einseitig

„Ist es ehrlicher, einem Menschen die Frau zu stehlen als sein Geld?“

Da wendet sich Erich Rau und geht schweigend aus der Tür. In den nächsten Tagen geht die Erregung hoch in der Stadt. Jeder, der einen Bekannten auf der Straße trifft, weiß von etwas anderem zu erzählen.

Die Jubiläumstagung der Stenographie Stolze-Schrey.

Wählung des Regierungsentwurfes für ein Einheitsystem.
 Die Jubiläumstagung der Stenographie Stolze-Schrey, die am 20. August in der Festkommer des Hotel „Zur Krone“ in Mannheim stattfand, wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Dr. Stolze, eröffnet. In der ersten Sitzung wurde der Regierungsentwurf für ein Einheitsystem in der ersten Linie von Herrn Dr. Stolze, Sanitätsrat Dr. Manhel-Eberfeld, Geheimrat Radebeim und Senatpräsident Dr. Johann-Düffeldorf, sowie des Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Dr. Stolze, der 25 Jahre lang unermüdet und zielbewusst den Verband geleitet hat. In der zweiten Sitzung wurde der Regierungsentwurf in der ersten Linie von Herrn Dr. Stolze, Sanitätsrat Dr. Manhel-Eberfeld, Geheimrat Radebeim und Senatpräsident Dr. Johann-Düffeldorf, sowie des Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Dr. Stolze, der 25 Jahre lang unermüdet und zielbewusst den Verband geleitet hat. In der dritten Sitzung wurde der Regierungsentwurf in der ersten Linie von Herrn Dr. Stolze, Sanitätsrat Dr. Manhel-Eberfeld, Geheimrat Radebeim und Senatpräsident Dr. Johann-Düffeldorf, sowie des Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Dr. Stolze, der 25 Jahre lang unermüdet und zielbewusst den Verband geleitet hat.

Städtische Nachrichten.

Sitzung des Einzelhandelsausschusses der Handelskammer für den Kreis Mannheim.

Am 15. August 1922 trat unter dem Vorsitz des II. Vizepräsidenten der Handelskammer, Herrn Dr. Rothchild, der Einzelhandelsausschuß zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende selbst nahm in einem eingehenden Referat Stellung zu der Frage des Fremdenverkehrs.

Er legte unter einem kurzen Hinweis auf die Verordnungen der badischen Regierung vom 18. Mai 1922 ausführlich dar, welche Bedeutung der Fremdenverkehr sowohl für den Einzelhandel wie für das badische und deutsche Wirtschaftsleben im Allgemeinen habe. Gerade heute ist es für uns wichtiger denn je, daß die persönlichen und geschäftlichen Beziehungen zwischen Inländern und Ausländern nicht nur nicht getrennt werden, sondern daß möglichst Gelegenheiten gegeben werden zur Anknüpfung neuer Beziehungen. Zugabe, daß der Fremdenverkehr an einzelnen Plätzen des Preisniveaus für, so muß doch auf der andern Seite festgestellt werden, daß wir heute für den Export von nicht lebenswichtigen Gegenständen, der volkswirtschaftlich von größter Bedeutung ist, unbedingt auf den Verkehr mit dem Ausland angewiesen sind. Deshalb lehne er nicht allein im Interesse der badischen Fremdenindustrie, sondern aus allgemeinen Gesichtspunkten heraus alle Maßnahmen ab, die eine Erschwerung des Fremdenverkehrs bedeuten. Nach einer eingehenden Auseinandersetzung über die Vorteile und Nachteile, die durch die Überleitung einzelner Handelsstellen durch die Ausländer hervorgerufen werden, feststellte er, sprach sich der Einzelhandelsausschuß dafür aus, daß es zunächst Sache aller maßgebenden Stellen sein müßte, den Verkehr mit dem Ausland zu fördern und ihn nicht durch Kleinlichkeiten, die Ausländer verdrängende Maßnahmen zu erschweren. Der Nutzen, den der Ausländer der deutschen Wirtschaft bringt, ist weit größer, als der Schaden, der auf der andern Seite entsteht. Es muß Sache der einzelnen Organisationen und Branchen bleiben, diejenigen Mittel und Wege zu finden, die eine Preissteigerung für lebensnotwendige Artikel zum Nachteil der deutschen Wirtschaft vermeiden.

Zur Frage der Sonntagsruhe

Im allgemeinen und für einzelne Erwerbszweige erstattete Herr Dr. Rieger Bericht. Er wies wiederholt darauf hin, daß für Mannheim ein Bedürfnis, die gegenwärtige Regelung der Sonntagsruhe zu besprechen, nicht besteht. Trotzdem müßte sich aber die Kammer mit der gelehrten Neuordnung der Sonntagsruhe befassen. Gegenwärtig sind durch das Gesetz 10 Sonntage zum Verkauf vorgegeben. Im neuen Entwurf sind 12 bzw. 14 Sonntage vorgesehen, die auf die einzelnen Monate verteilt werden sollen. Es ist zunächst noch unentschieden, ob man diese 12 Sonntage gleichmäßig nach einem festen System auf jeden Monat verteilt oder ob sie in einer beweglichen Reihenfolge festgelegt werden sollen. Es wird Sache des Einzelhandels auf dem Lande sein, hierzu Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran wurde die Verkaufszeit an den Restsonntagen besprochen. Die überwiegende Meinung der Anwesenden ging dahin, an den Restsonntagen die Läden nach wie vor geschlossen zu halten, aber nur unter der bestimmten Voraussetzung, daß auch an den Restsonntagen jeder Warenhandel während derselben verboten ist.

Zur Frage des Wandergewerbesteuererlasses

erstattete ebenfalls Herr Dr. Rieger Bericht. Die Neuordnung der Wandergewerbesteuer ist auf Drängen des Handels durch die badische Regierung endlich in Angriff genommen worden. Die Forderung der Handelskammer ging dahin, daß die Gemeinden in erster Linie an den Erträgen der Wandergewerbesteuer beteiligt würden. Berechtigte Bedürfnisse des Wandergewerbes sollten in keiner Weise verletzt werden. Eine besondere Kommission wurde dann beauftragt, besondere Vorschläge auszuarbeiten und sie der badischen Regierung vorzutragen. (Mitgeteilt aus der Handelskammer für den Kreis Mannheim.)

17. ordentlicher Verbandstag des Bundes deutscher Schuhmachervereinigungen in Mannheim.

Heute vormittag 8 Uhr war eine Hauptversammlung des Bundes in der Turnhalle, Prinz-Wilhelmstraße, einberufen, die erst um 10 Uhr begann und zeitweise sehr kurzweilig verlief. Die Versammlung wurde von dem Bundesvorsitzenden Pöschel mit Worten der Begrüßung eröffnet. Nachdem ein Vertreter der hiesigen Handwerkskammer die Grüße des dortigen Verbandes überbracht hatte, erstattete der Verbandsvorsitzende Herr Bach den Geschäftsbericht, wobei er betonte, daß das Verhältnis im abgelaufenen Geschäftsjahr zwischen den Bezirksverbänden und dem Zentralverband sehr gut gestaltet sei. Im besetzten Rheinland seien ebenfalls Bezirksverbände ins Leben gerufen worden, die dem Zentralverband angeschlossen sind. Jedoch müsse bedauert werden, daß der Organisationsgeist noch nicht voll und ganz bei allen Mitgliedern des Verbandes eingezogen sei. Im vergangenen Jahr hatte der Ver-

band Gelegenheit mit der Regierung wegen der Behebung der Verhältnisse für die Schuhpolizei zu verhandeln, die zur Zeit in den Verhandlungen und in eigenen Werksstätten getätigt werden. Auch wegen der deutschen Orthopädischen Werke war der Verband bei den maßgebenden Stellen vorstellig geworden. Gegen die Bundessteuer hat sich der Bund ebenfalls gewandt, die die Qualitätsarbeit im Schuhmacherhandwerk zu untergraben droht. Der Bund zählt heute 63 568 Mitglieder in 800 Innungen.

An die Rechnungslegung durch den Bundeskassier (Schloß) sich eine äußerst lebhafte Aussprache über den Stand der Leipziger Lehwertkassen, deren Geschäftsjahr mit einem Verlust von 130 000 RM. abgeschlossen hat, an dem nur 46 000 RM. durch Materialwerte gedeckt sind. Vonseiten der Kassenträger wurde bemerkt, daß vermutlich an dieser Stelle nicht ganz korrekt gewirtschaftet worden ist. Sie empfahlen daher, die Entlastung nicht zu erteilen. Nach längerer Debatte kam ein Antrag zur Annahme, dem Schatzmeister und dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen. Der Bericht über die Leipziger Wertkassen soll durch den Vorstand unter Hinzuziehung eines Kassenträgers und zweier Delegierten binnen eines Monats nochmals nachgeprüft werden. Der Haushaltsplan für 1923/24 sieht an Ausgaben einen Betrag von 500 000 Mark vor, er wurde zugleich mit dem erhöhten Beitrag genehmigt. Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Vorsitzende, Herr Pöschel, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Bundes ernannt. Zum ersten Vorsitzenden wurde der selbsterwählte Kassenträger, Herr Herbach, einstimmig gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, darunter Herr F. Schölin, Mannheim. Neu hinzugewählt wurde Herr Rothaus, Düsseldorf.

Zur Frage der Preisberechnung wurde betont, daß die Weimarer Beschlüsse seither fast nirgends eingehalten worden seien, weshalb die damals festgelegten Richtlinien einer eingehenden Prüfung bedürfen. Diese Richtlinien mit prozentualen Zuschlägen haben dem Schuhmacherhandwerk sowohl vonseiten der Behörden als auch der Kaufkraft oftmals den Sturz des Rufes eingebracht. Deswegen sei eine Formel aufzustellen, die in der Öffentlichkeit kein falsches Bild aufkommen läßt über den Verdienst des Schuhmacherhandwerkes. Die zur Prüfung der Preisberechnungsfrage eingesetzte Kommission schlug vor, von den Weimarer Beschlüssen abzugehen und sich der neuen Berechnungsart anzuschließen, die bereits im letzten Handverett eingeführt sei und auch von den Behörden anerkannt wurde. Nach dieser Berechnungsart legt sich der Preis für das Schuhmacherhandwerk etwa folgendermaßen zusammen:

- 1. Preis für Material, 2. dazu 10 Proz. Spanne, 3. Preis für das Kleinmaterial, 4. 2 Stunden-Gesellenlohn, 5. 30 Proz. Geschäftsunkosten auf die Gesellenlöhne, 2. Proz. Umsatzsteuer und 15 Prozent Verdienst vom Ganzen.

Die bisherige Berechnungsart war auf folgender Grundlage aufgebaut: 1. der Preis für das Material, 2. dazu 25 Proz. Spanne, 3. Preis für Kleinmaterial, 4. 2 Gesellenstundenlöhne, 5. für sämtliche Geschäftsunkosten und Verdienst 100 Prozent Zuschlag auf den Gesellenlohn.

Von dem hiesigen Schuhmacher-Innungsverband war vorgeschlagen worden, bei Reparaturen 25 Proz. Geschäftsunkosten, 25 Proz. Verdienst und 15 Proz. für Meisterarbeit, zusammen 75 Proz.; bei neuen Arbeiten 35 Proz. Unkosten, 25 Proz. Verdienst und 25 Proz. für Meisterarbeit auf die Gesellenlöhne aufzuschlagen.

Nach einer erregten Debatte, in der Stimmen für die Beibehaltung der Weimarer Beschlüsse und für die neuen Vorschläge laut wurden, nahm die Versammlung mit Mehrheit den Antrag der Kommission an. Es wurde ferner eine Resolution angenommen, in der der Bund deutscher Schuhmacher-Innungen die Forderung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, sofort Hilfsorganisationen für das gesamte Handwerk einzuführen, nachdrücklich unterstützt.

* Zusammenschluß im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund.

Ein Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist in Mannheim in einer Besprechung detaillierter Organisationen gegründet worden. Dem Ortsausschuß haben sich laut „Mittelstimme“ angeschlossen: Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter, Deutscher Eisenbahnverband, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Beamtensektion), Bund der technischen Angestellten und Beamten, Hauptfachgruppe, Behörden und öffentliche Betriebe, Deutscher Wertmeister-Verband (Kontrollabteilung), Verband Deutscher Berufsvereine (Abteilung kommunale Berufsvereine), Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten (Sektion Beamte der staatlichen und kommunalen Banken). Zum Vorsitzenden wurde Gewerkschaftssekretär Schumann vom Deutschen Eisenbahnverband, zum Stellvertreter Lokomotivführer Kelle von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter und vom Schriftführer Ingenieur Werner vom Bund Technischer Angestellter und Beamter gewählt.

Der Wochenmarkt wies heute, trotz der am letzten Dienstag neuerdings wieder herabgesetzten Preise, eine sehr gute Beschäftigung auf. Gemüse und Obst waren genügend vorhanden. Auch Blumen und andere gärtnerische Erzeugnisse waren stark vertreten. Die Preise bewegten sich im Rahmen der Marktpreise. Bei sehr vielen wurde nicht einmal die Höchstgrenze gewißt. So gab es schöne Biele zum Preise von 8 M. das Pfund. Kartoffeln wurden zum

Nach dem Osten.

Reisebriefe von Colin Rob.
 XIX. Teheraner Sommertage.

Teheran, im Juni.
 Es wurde Nacht, als wir in Teheran ankamen. Raum hatten wir auch schon die Nähe der Stadt angefangen, da rasteten wir auf einer Höhe über eine Brücke, und ein mächtiges, vielmütiges Tor stand vor uns. Von den Grundsteinen bis zu den Rippen seiner schlanken Säulen war es mit bunten Mosaiken verkleidet. Im Lichte der bunten Straßenlampen schillerte es blau, rot, gelb und grün wie ein buntes Wunder. Zu beiden Seiten des Tors hatten Säulenreihen ihre Köpfe aufgeschlagen. Zahlreiche Equipagen und Wagen waren schon eine verheißungsvolle Stadt zu liegen. Aber mit der Einfahrt hat man das Schöne bereits gesehen; auch hier sind die Tore. Noch um die ganze Stadt ziehen Wall und Graben, beide trocken lehmfarben, ohne irgendwelche Farben oder Ornamente und verdräht, wo ihm nicht die lebendige Flut künstlicher Wasserführung zugeführt wird. Diese braune Lebe durchdringen die Zeit die buntesten und farbenfrohesten Tore, die man sich vorstellen kann. Die Schichten halten es ja mit dem Koran-Berbot der Verherrlichung lebender Wesen nicht so genau. Und so ist über dem Teheran meist eine farbige Schlachtabstellung, um die herum sich die verschiedensten Ornamente gruppieren. Die Farben sind von einer so lebhaften Intensität und Leuchtkraft, besonders des Blau und des Gelb. Ganz aus blauen Radeln ist die schlanke eleganter Kuppel der Isfahaner Moschee, die hier unter diesem blühenden Himmel wie ein Stern am dunklen Nachthimmel leuchtet und seinen blauen Schein über das Land ausstrahlt. Von diesen bunten Mosaiken abgesehen, ist das ganze Stadt- und Landschaftsbild und entzückend schön. Aber als wir jetzt die nachtschlafenden Straßen lehrten, sah man das im Wang der Stadt.

Im Lager aber sind die Sehenswürdigkeiten von Persiens Hauptstadt erschöpft. Ihr Zentrum bildet die Zitadelle, ein von Lehm- und Ziegelmauern umschlossenes Viereck, das den Schahpalast und die Ministerien umschließt. Von einem der Tore der Zitadelle führt eine Langgasse nach Osten zum Vorplatz der Isfahaner Moschee, die hier unter diesem blühenden Himmel wie ein Stern am dunklen Nachthimmel leuchtet und seinen blauen Schein über das Land ausstrahlt. Von diesen bunten Mosaiken abgesehen, ist das ganze Stadt- und Landschaftsbild und entzückend schön. Aber als wir jetzt die nachtschlafenden Straßen lehrten, sah man das im Wang der Stadt.

den. Diese beiden Frauen gebieten den in Teheran recht zahlreichen Dämonen an, die in Vadschuden und seltsamen Schudor durch die Straßen streifen und für männliche Annäherung durchaus empfänglich sind. Für den Europäer aber bedeutet eine Anknüpfung mit ihnen auch heute noch ein gefährliches Abenteuer. Zu den bewachten beiden Dämonen waren zwei Herren der englischen Gesandtschaft als Verleiher bestellt ins Haus gekommen. Die Polizei erfuhr jedoch davon. Die beiden Engländer mußten schleunigst aus Teheran verschwinden und einzigen nur dank ihrer Exterritorialität weiteren Folgen. Die beiden Hingeringerinnen der künftigen Venus aber setzte man in Sade und prächtige sie erdarmungslos aus. Man ist hier in Persien trotz aller modernen Aufmachung mit Parlament, Presse usw. doch dem Mittelalter noch recht nahe. Ich sprach in Teheran Hussein Sabu, den Herausgeber des „Satareh Eran“, einen der angesehensten Publizisten. Dieser hatte in seinem Organ den Kriegsminister angegriffen und der ließ ihn darauf holen und in seiner Gegenwart bis zur Bewußtlosigkeit ausschlagen. Hussein Sabu zeigte mir die Narben an seinem Arme, die ihm von dieser Züchtigung zurückgeblieben waren. Im übrigen scheint aber für die Perser die Zeit der allgemeinen Anwendung der Bastonnade erst so kurz zurückzuliegen, daß sie die übliche Schwanz einer derartig entzündenden Strafe garnicht empfinden. Dabei sind aber die Perser garnicht so blutdürstig und grausam, wenigstens nicht auf den ersten blühenden Eindruck hin. Man kann sich nichts Friedlicheres vorstellen, als den Teheraner, wenn er seiner Lieblingsbeschäftigung nachgeht. Diese besteht darin, daß er an einem der Wallgräber, die die Stadt durchziehen, im Schatten der Sofomoren niedersitzt. Neben sich, halb ins fließende Wasser, stellt er einen Vogelkäfig, vermutlich, damit sein Piepsen ein Bad nehmen kann, und so kann er stundenlang sitzen, den Schattten genießend, dem Murmeln des Wassers und dem Gesang seines Vogels lauschend, mühselos glücklich.

Diese Wasserarbeiten stammen aus einer Zeit, wo in Persien noch große Bauten aufgeführt wurden: Straßen, Brücken, Karawanenstraßen und eben jene zum Teil großartigen Wasserleitungen, die in unterirdischen Kanälen ein köstlich trübes klares Wasser aus den Bergen in die Städte leiten. Da im Sommer jedoch mitunter das Wasser knapp wird, hat jedes Haus einen unterirdischen Wasserzeller als Reservoir. Diese Wasserleitungen sind Privatbesitz, und die glücklichen Inhaber stehen aus der Arbeit früherer Generationen eine hübsche Rente. Andere Leitungen, die offen geführt werden, dienen zum Bewässern der Gärten. Sie sind beiseitwärts mit Bäumen, Sommerhäusern, Kiosken oder Pavillonen, besetzt und machen die Straßen Teherans schön und lebhaft. Meistens dienen sie zum Sprengen. Ein Spaziergang über den Stadtwall gehört zu den schönsten landschaftlichen Eindrücken, die man überhaupt haben kann. Im Norden erhebt sich die Felskette des Elburz, auf dessen Gipfel bis in den Hochsommer hinein Schnee liegt, über die Hochebenen, hinter den in allen Farben leuchtenden Felsklüften blendet in unablässiger Weise der vollendete süße Regen des Demawend. Von diesen Bergen weht abends für Abend ein kühler Wind, so daß es garnicht nötig wäre, daß

die Gesandtschaften und die oberen vierhundert Teherans jedes Jahr in die Sommerhitze nach Schirvan, am Fuß des Elburges, zögen. Auch das Deutsche Reich hat dort oben einen wunderbaren Besitz mit einer üppigen Villa für den Gesandten und einem Duzend kleinerer Häuser für Legationsräte, Dragomanen usw. Dieser Schirvaner Besitz ist seinerzeit vom Auswärtigen Amt für die Teheraner Gesandtschaft angefordert, vom Reichstag jedoch zunächst auf Grund einer Rede Bebel's abgelehnt worden. Später hat man ihn doch bewilligt und das Sommerpalais für eine Million Goldmark gebaut.

In vorbildlicher Sparsamkeit verzichtet der gegenwärtige deutsche Gesandtschaftsträger, Herr Sommer, auf die Benutzung dieses herrlichen Sommerhauses. Da die Erhaltung der Gebäude und Gärten trotzdem jährlich große Summen kostet, hat er den Vorschlag gemacht, diesen Besitz zu verkaufen, um so mehr, da die persische Regierung als Käufer dafür in Frage kam. Das Auswärtige Amt hat jedoch diesen Vorschlag abgelehnt. Vermutlich sieht dort irgend ein Legationsrat, der auf den Teheraner Posten spekuliert und der Ansicht ist, daß dann für ihn ein Sommerhü unentbehrlich ist.

Auch sonst hat der gegenwärtige Gesandtschaftsträger den teureren Apparat der Gesandtschaft eingeschränkt und macht die ganze Arbeit mit einem persischen Dolmetscher allein. Nicht einmal eine Schreibmohlenkraft gönnt er sich. Ich habe aber nicht finden können, daß diese Sparsamkeit seinem Ansehen oder dem Prestige des Deutschen Reiches irgendwie abträglich wäre. Im Gegenteil. Ich hatte Gelegenheit, mit allen Bevölkerungsklassen Teherans in Hinblick zu kommen, und alle, vom feudalsten Prinzen bis zum sozialistischen Arbeiter, sprachen mit der gleichen anerkennenden Hochachtung vom dem Vertreter des Deutschen Reiches. Ein angesehener Politiker fragte mich: „Weiß man in Deutschland denn überhaupt, was Herr Sommer hier für das Deutsche Reich geleistet hat?“ Und der extrem deutschnationalen persische Vertreter eines großen Hamburger Handelshauses erklärte mir gegenüber, daß dies einer der wenigen Fälle sei, wo durch die Revolution der richtige Mann an den richtigen Platz gekommen ist.

Herr Sommer war Kanzleivorstand der Gesandtschaft. Als nun während des Weltkrieges die Russen bis Kaswin vorrückten und der damalige deutsche Gesandte, Prinz Reuß, mit den persischen Nationalisten und der gesamten Gesandtschaft ausrückte, da blieb nur Herr Sommer in Teheran zurück. Aber als sich nun herausstellte, daß die Russen in Kaswin blieben und der Schah ruhig in Teheran, und daß das Ganze ein prinzipieller Schidbürgerkrieg war, da mußte Prinz Reuß nach Deutschland zurückkehren, und Herr Sommer wurde mit der Wahrnehmung der Gesandtschaftsgeschäfte betraut. Dieser Zustand hat bis heute gedauert, allein da Persien in Berlin einen Gesandten hat, so wird man endlich auch in Teheran deutschereisende ernennen müssen. Hoffentlich macht man dann den jetzigen Gesandtschaftsträger dazu, ohne Rücksicht auf irgendwelche Anciennitätsfragen, denn es wird schwer, wenn nicht unmöglich sein, im ganzen Auswärtigen Amt eine geeignete Kraft für diesen Posten aufzutreiben.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die deutschen Reichsfinanzen.

In der fünften Wiederaufbau-Sondernummer des Manchester Guardian Commercial veröffentlicht der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schröder einen beachtenswerten Artikel, der an Hand des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 einen tiefen Einblick in die hoffnungslose Lage unserer Reichsfinanzen gewährt. Dr. Schröder legt dar, wie einerseits die Reichsregierung ernstlich bemüht ist, sparsam zu wirtschaften, andererseits aber der Versailler Vertrag mit seinen mit jeder Währungsverschlechterung steigenden Lasten alle Anstrengungen, das Budget in Ordnung zu bringen, immer wieder hinfällig macht. Nicht die Inflation, sondern Versailles, das die deutsche Zahlungsbilanz zur dauernden Passivität verurteilt, sei die Quelle des Finanzleids:

Die Betriebsverwaltungen decken aus eigenen Einnahmen ihre laufenden Ausgaben; sie haben aber für Erneuerung und Ergänzung der Anlagen einen Anleihsbedarf von 19,9 Milliarden \mathfrak{M} . Der Betrag erscheint zunächst hoch. Er ist aber, wenn man die Entwertung des Geldes und die Minderung aller Preise berücksichtigt, niedriger als der normale Bedarf der Betriebe vor dem Kriege bei den Eisenbahnen (17,7% der gesamten Betriebsausgaben gegen 31,1% im Jahre 1913). Ob es allerdings gelingen wird, die erforderlichen 19,9 Milliarden \mathfrak{M} im Wege einer langfristigen Anleihe schon im Jahre 1922 zu beschaffen, muß berweifelt werden.

Die Einnahmen der allgemeinen Reichsverwaltung übersteigen im ordentlichen Haushalt die Ausgaben um 16,5 Milliarden \mathfrak{M} . In den Ausgaben von 99 Milliarden \mathfrak{M} sind 20 Milliarden \mathfrak{M} für den Schuldendienst und 22 Milliarden \mathfrak{M} für Überweisungen an die Länder und Gemeinden enthalten. Den Ländern werden Anteile an den Reichssteuern überwiesen, die ihnen als Ersatz für die ihnen genommenen großen Steuern zustehen, und die sie zur Bestreitung ihrer dringendsten Ausgaben benötigen. Für Pensionen, Militärrenten und Versorgung der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer sind ferner 15,8 Milliarden \mathfrak{M} aufzuwenden. Aus dem Rest von rund 32 Milliarden \mathfrak{M} werden die laufenden Ausgaben aller Zweige der allgemeinen Reichsverwaltung bestreut. Im Jahre 1913 wurden für diese Zwecke 2,1 Milliarden \mathfrak{M} ausgegeben. Stellt man in Rechnung, daß die allgemeine Teuerung, die Steigerung der Preise aller Materialien und die Kosten der Lebenshaltung der Angestellten im Durchschnitt mindestens das Dreifache erreicht haben, so beweist der Ansatz von 32 Milliarden \mathfrak{M} , der einem Ausgabeüberschuss von rund 1,1 Milliarden Goldmark gleichkommt, daß sparsam gewirtschaftet wird. Im Hinblick auf die Not des Reiches hat die deutsche Beamtenschaft sich in ihrer Lebenshaltung mit am stärksten unter allen Bevölkerungskreisen einschränken müssen.

Der Überschuss des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Verwaltung mit 16,5 Milliarden \mathfrak{M} soll zur Durchführung des Friedensvertrages verwendet werden. Er kann aber die hierfür erforderlichen großen Mittel nicht aufbringen. Mit dieser Feststellung kommen wir zur Quelle des ganzen Elends der deutschen Finanzen. Die auf dem Friedensvertrag beruhenden Ausgaben sind zum erheblichen Teile unabhängig vom Kurse der Mark. Zur Abführung dieser Last genügen die Mittel der Steuergesetzgebung nicht. Selbst wenn es möglich wäre, die Steuererträge so zu erhöhen, daß der im Augenblick erforderliche Bedarf an Papiermark insgesamt gedeckt wäre, so würde das doch noch keine wahre Deckung bedeuten, solange die Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft nicht ausgeglichen ist. Denn Steuern erbringen nur Papiermark, für die Zahlungen müssen aber Devisen beschafft werden. Ist der Ausfuhrüberschuss der deutschen Wirtschaft nicht so groß, daß die Devisen dem Auslande gegen Papiermark zur Verfügung gestellt werden können, so bleibt dem Reiche nur die Möglichkeit, Devisen im Auslande anzukaufen. Das Zahlungsmittel des Reiches ist wieder die Papiermark. Nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage muß dieser Zwang, Papiermark auf den Markt zu werfen, um Devisen dafür einzutauschen, den Kurs der Mark stetig weiter drücken. Hier liegt der Ausgangspunkt für den Circulus vitiosus: Notwendigkeit des Verkaufs der nationalen Währung im Auslande, Rückgang ihres Wertes im Verhältnis zu den übrigen Währungen, Steigen der Preise für ausländische Lebensmittel und Rohstoffe, Steigen der Inlandspreise, der Löhne und der Produktionskosten und damit im Haushalte Zunahme des Geldumlaufs. Fehlbeträge, Inflation, weitere Abnahme der äußeren Kaufkraft und weitere Geldvermehrung.

Die Auffassung der primitiven Quantitätstheorie, nach der eine zerrüttete Währung durch Beseitigung der Inflation wieder in Ordnung zu bringen ist, beansprucht volle Anerkennung dort, wo die Inflation im wesentlichen ihre Ursache in der Inflation hat. Die Entwertung des Geldes kann zweifellos auf einer letzten Grund hat, die in dem Zustande des Staatshaushalts Zahlungsabwärtung liegt; sie kann aber auch in der passiven Zahlungsbilanz der Volkswirtschaft ihre Ursache finden, und dann wird meist dem Zusammenwirken beider Ursachen entgegen zu veranschaulichen Ursache der Währungsnot wird, desto weniger kann mit der mechanischen Bekämpfung der Inflation geholfen werden. Solange die Auslandsschuld des Reiches nicht in einer Weise geregelt ist, welche die Besorgung der nötigen Devisen aus dem Auslande durch den Verkauf der Devisen im Inlande durch Steuern ermöglicht, bedingt die deutsche Währung nicht gesunden. Ist diese Vorbedingung geschaffen, so kann die Währung stabilisiert werden, auch wenn dies nicht in der Höhe der Parität vor dem Kriege wird geschehen können. Dann werden die deutschen Finanzen bei wachsender Konsumfähigkeit des Volkes auch erheblich höheren Überschuss (berechnet auf Goldmark) bringen und die Verzinsung und Tilgung vermehrt

Dollarkurs 1115 Mark.

Auslandsschulden ermöglichen. Ist die Herabsetzung der Schuld auf eine der wirklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechende Maß nicht sogleich erreichbar, so kann das Problem der Erfüllung für Deutschland vorläufig nur durch die Aufnahme einer ausländischen Anleihe gelöst werden, die wenigstens für einige Jahre die Zahlungsverpflichtungen abbürdet. Nur auf diesem Wege kann auch der Geldbedarf einzelner Gläubigerstaaten, der baldige und erhebliche Zahlungen nötig macht, befriedigt und können zugleich die jährlichen Leistungen Deutschlands mit der Tragfähigkeit seines Budgets in Einklang gebracht werden.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt a/M., 21. Juli. (Drahtb.) Die Börsenwoche eröffnete in freundlicher Stimmung, aber nicht einheitlicher Tendenz. Es zeigte sich bereits vorbörslich eine gewisse Zurückhaltung in verschiedenen Valutapapieren; immerhin blieben Spezialwerte wieder auf regere Nachfrage gesucht, Oesterreichische Renten schienen gesuchter, auch für ungarische Goldrente bestand Interesse, 2900, im allgemeinen aber unterliegen die Auslandswerte Schwankungen. Da der Devisenmarkt kein regeres Leben zeigte, und der Dollarkurs eine unsichere Haltung trug, wurde er zunächst mit 1230 genannt und ging später auf 1185 zurück, um sich dann an der Börse auf 1170 abzuschwächen. Auf dem Effektenmarkt traten verschiedene Kursbesserungen ein. Vonseiten des Privatpublikums lagen bei den Banken vorwiegend Kaufordres vor und man bemerkte ein regeres Treiben für Industriepapiere. Chemische Werte waren gesucht, besonders Scheideanstalt, Gröschheim, Elberfelder Farben. Felten & Gulleume eröffneten mit einem Kursaufschlag von 58%. Höher stellten sich Siemens & Halske, plus 60%, A.E.G. plus 25% und Bergmann plus 40%. Zu regeren Umsätzen kam es in Zuckerfabrik Frankenthal, 330. Sehr gesucht waren auch Offstein, 395. Am Montanmarkt entwickelte sich größeres Geschäft, deren Kurs über 100% anstieg. Phönix gewannen 240%, Mannesmann 100%, Oberbedarf, Karo, Rhein Stahl und Harpener setzten bei erhöhten Kursen ein. Bingwerke plus 10%, Zementwerke Heidelberg begehrt. Deutscher Eisenhandel 700. Am Markte der amtlich nicht notierten Werte bestand lebhaft Nachfrage für Ufa, 345 und für Gebr. Fahr, 880. Auf Käufe der hiesigen Spekulation hielt die Aufwärtsbewegung für Gebr. Fahr an. Es wurden folgende Kurse genannt: Bahnbedarf 395, Becker-Stahl 780, Inag 450, Krügerhall 920, Mansfelder-Aktien 550. Im weiteren Verlauf hielt die feste Stimmung an. Die Umsätze in Valutapapieren gestalteten sich im Einklang des Dollars, der auf 1155 zurückging, wesentlich ruhiger. Zolltürken schwach.

Festverzinsliche Werte.

a) Inländische.		b) Ausländische.	
17.	21.	17.	21.
4% Reichsanl. v. 1914	86	4% Reichsanl. v. 1914	86
4% Reichsanl. v. 1915	86	4% Reichsanl. v. 1915	86
4% Reichsanl. v. 1916	86	4% Reichsanl. v. 1916	86
4% Reichsanl. v. 1917	86	4% Reichsanl. v. 1917	86
4% Reichsanl. v. 1918	86	4% Reichsanl. v. 1918	86
4% Reichsanl. v. 1919	86	4% Reichsanl. v. 1919	86
4% Reichsanl. v. 1920	86	4% Reichsanl. v. 1920	86
4% Reichsanl. v. 1921	86	4% Reichsanl. v. 1921	86
4% Reichsanl. v. 1922	86	4% Reichsanl. v. 1922	86
4% Reichsanl. v. 1923	86	4% Reichsanl. v. 1923	86
4% Reichsanl. v. 1924	86	4% Reichsanl. v. 1924	86
4% Reichsanl. v. 1925	86	4% Reichsanl. v. 1925	86
4% Reichsanl. v. 1926	86	4% Reichsanl. v. 1926	86
4% Reichsanl. v. 1927	86	4% Reichsanl. v. 1927	86
4% Reichsanl. v. 1928	86	4% Reichsanl. v. 1928	86
4% Reichsanl. v. 1929	86	4% Reichsanl. v. 1929	86
4% Reichsanl. v. 1930	86	4% Reichsanl. v. 1930	86
4% Reichsanl. v. 1931	86	4% Reichsanl. v. 1931	86
4% Reichsanl. v. 1932	86	4% Reichsanl. v. 1932	86
4% Reichsanl. v. 1933	86	4% Reichsanl. v. 1933	86
4% Reichsanl. v. 1934	86	4% Reichsanl. v. 1934	86
4% Reichsanl. v. 1935	86	4% Reichsanl. v. 1935	86
4% Reichsanl. v. 1936	86	4% Reichsanl. v. 1936	86
4% Reichsanl. v. 1937	86	4% Reichsanl. v. 1937	86
4% Reichsanl. v. 1938	86	4% Reichsanl. v. 1938	86
4% Reichsanl. v. 1939	86	4% Reichsanl. v. 1939	86
4% Reichsanl. v. 1940	86	4% Reichsanl. v. 1940	86
4% Reichsanl. v. 1941	86	4% Reichsanl. v. 1941	86
4% Reichsanl. v. 1942	86	4% Reichsanl. v. 1942	86
4% Reichsanl. v. 1943	86	4% Reichsanl. v. 1943	86
4% Reichsanl. v. 1944	86	4% Reichsanl. v. 1944	86
4% Reichsanl. v. 1945	86	4% Reichsanl. v. 1945	86
4% Reichsanl. v. 1946	86	4% Reichsanl. v. 1946	86
4% Reichsanl. v. 1947	86	4% Reichsanl. v. 1947	86
4% Reichsanl. v. 1948	86	4% Reichsanl. v. 1948	86
4% Reichsanl. v. 1949	86	4% Reichsanl. v. 1949	86
4% Reichsanl. v. 1950	86	4% Reichsanl. v. 1950	86
4% Reichsanl. v. 1951	86	4% Reichsanl. v. 1951	86
4% Reichsanl. v. 1952	86	4% Reichsanl. v. 1952	86
4% Reichsanl. v. 1953	86	4% Reichsanl. v. 1953	86
4% Reichsanl. v. 1954	86	4% Reichsanl. v. 1954	86
4% Reichsanl. v. 1955	86	4% Reichsanl. v. 1955	86
4% Reichsanl. v. 1956	86	4% Reichsanl. v. 1956	86
4% Reichsanl. v. 1957	86	4% Reichsanl. v. 1957	86
4% Reichsanl. v. 1958	86	4% Reichsanl. v. 1958	86
4% Reichsanl. v. 1959	86	4% Reichsanl. v. 1959	86
4% Reichsanl. v. 1960	86	4% Reichsanl. v. 1960	86
4% Reichsanl. v. 1961	86	4% Reichsanl. v. 1961	86
4% Reichsanl. v. 1962	86	4% Reichsanl. v. 1962	86
4% Reichsanl. v. 1963	86	4% Reichsanl. v. 1963	86
4% Reichsanl. v. 1964	86	4% Reichsanl. v. 1964	86
4% Reichsanl. v. 1965	86	4% Reichsanl. v. 1965	86
4% Reichsanl. v. 1966	86	4% Reichsanl. v. 1966	86
4% Reichsanl. v. 1967	86	4% Reichsanl. v. 1967	86
4% Reichsanl. v. 1968	86	4% Reichsanl. v. 1968	86
4% Reichsanl. v. 1969	86	4% Reichsanl. v. 1969	86
4% Reichsanl. v. 1970	86	4% Reichsanl. v. 1970	86
4% Reichsanl. v. 1971	86	4% Reichsanl. v. 1971	86
4% Reichsanl. v. 1972	86	4% Reichsanl. v. 1972	86
4% Reichsanl. v. 1973	86	4% Reichsanl. v. 1973	86
4% Reichsanl. v. 1974	86	4% Reichsanl. v. 1974	86
4% Reichsanl. v. 1975	86	4% Reichsanl. v. 1975	86
4% Reichsanl. v. 1976	86	4% Reichsanl. v. 1976	86
4% Reichsanl. v. 1977	86	4% Reichsanl. v. 1977	86
4% Reichsanl. v. 1978	86	4% Reichsanl. v. 1978	86
4% Reichsanl. v. 1979	86	4% Reichsanl. v. 1979	86
4% Reichsanl. v. 1980	86	4% Reichsanl. v. 1980	86
4% Reichsanl. v. 1981	86	4% Reichsanl. v. 1981	86
4% Reichsanl. v. 1982	86	4% Reichsanl. v. 1982	86
4% Reichsanl. v. 1983	86	4% Reichsanl. v. 1983	86
4% Reichsanl. v. 1984	86	4% Reichsanl. v. 1984	86
4% Reichsanl. v. 1985	86	4% Reichsanl. v. 1985	86
4% Reichsanl. v. 1986	86	4% Reichsanl. v. 1986	86
4% Reichsanl. v. 1987	86	4% Reichsanl. v. 1987	86
4% Reichsanl. v. 1988	86	4% Reichsanl. v. 1988	86
4% Reichsanl. v. 1989	86	4% Reichsanl. v. 1989	86
4% Reichsanl. v. 1990	86	4% Reichsanl. v. 1990	86
4% Reichsanl. v. 1991	86	4% Reichsanl. v. 1991	86
4% Reichsanl. v. 1992	86	4% Reichsanl. v. 1992	86
4% Reichsanl. v. 1993	86	4% Reichsanl. v. 1993	86
4% Reichsanl. v. 1994	86	4% Reichsanl. v. 1994	86
4% Reichsanl. v. 1995	86	4% Reichsanl. v. 1995	86
4% Reichsanl. v. 1996	86	4% Reichsanl. v. 1996	86
4% Reichsanl. v. 1997	86	4% Reichsanl. v. 1997	86
4% Reichsanl. v. 1998	86	4% Reichsanl. v. 1998	86
4% Reichsanl. v. 1999	86	4% Reichsanl. v. 1999	86
4% Reichsanl. v. 2000	86	4% Reichsanl. v. 2000	86

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 21. Aug. (Fig. Drahtb.) Obwohl sich die Aussichten für die Gewährung eines kurzfristigen Moratoriums erheblich gebessert haben und daraufhin die Devisen schwächer lagen, wobei der Dollar bis auf 1160 zurückging, ist doch die Stimmung an der Börse entschieden fest. Das Publikum, Ausland und Spekulation nahmen sich die Waren gegenseitig aus den Händen. Am Montanmarkt stiegen Bochumer um 228%, Harpener und Gelsenkirchener, Hohenlohe um etwa 150%. Phönix war 300% gebessert. Rheinische Braunkohlen plus 200%. Kaliwerte waren auf die bevorstehende Preiserhöhung von 50-75% gesucht. Rollenberg 2900, Hellebache Kall 1800, Hoanoversche Kall 1475. Anilinwerte und Oberkoks plus 100%. Bei den Elektroaktien A.E.G. plus 30%, die übrigen 50-60% besser. Im freien Verkehr löste man für Benz 700, Wolf 950, chemische Zeltz 1400, Becker-Stahl 770, Becker-Kohle 540. Schiffahrtaktien waren sehr lebhaft begehrt. Hansa plus 60%. Auch Norddeutscher Lloyd sehr gesucht, sie erreichten einen Kurs von 600. Bei den Spezialwerten waren Scheideanstalt plus 125%, Deutsche Walfen, Löbe und Norddeutsche Wolle plus 150%. Waggonwerte durchschnittlich 50% besser. Am Petroleummarkt Deutsche Petroleum minus 25%. Erdöl plus 25%. Am Kolonialmarkt war sehr lebhaftes Geschäft. Die Kolonialantischmelze etwa 500% höher. Saliterra 140000. Bei den deutschen Renten zog die 3%ige Reichsanleihe auf neue Auslandskäufe um 30% an. Bei ausländischen Renten Bagdad minus 75%, Anatolier minus 125%. Tehuantepac minus 400%. Dagegen waren ungarische Goldrente um 275% höher. Im weiteren Verlauf blieb die Börse entschieden fest, wenn auch Valutawerte etwas abrückelten. Der Kassaindustriemarkt zeigte das Bild der übrigen heutigen Börse und war unterschieden fest.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 21. Aug. Die Börse war heute recht gut besucht. Die Tendenz war in der ersten Börsenstunde recht fest, doch flaute dieselbe späterhin nicht unwesentlich ab, als die ausländischen Zahlungsmittel niedriger genannt wurden. Das Angebot in Brotgetreide aus vorjähriger Ernte ist nur noch recht klein. Für diesjährigen Weizen und Roggen zeigen die Mühlen sich noch recht zurückhaltend, weil die Beschaffenheit der diesjährigen Ernte, die vielfach nicht trocken eingebracht werden konnte, zu wünschen übrig läßt. Der Minderwert zwischen alter und neuer Ernte wird auf etwa 10% taxiert. Die Preise, die man hört, gehen weit auseinander. Man nannte: Weizen 6000-5800 \mathfrak{M} , neuer Roggen 4700-4500 \mathfrak{M} , bezahlt 4525 \mathfrak{M} , Sommergerste, alte, 5400 bis 5200 \mathfrak{M} , neue 5000-4800 \mathfrak{M} , Wintergerste 4600-4400 \mathfrak{M} , Hafer 4400-4200 \mathfrak{M} und Calfoxmalz 4900-4800 \mathfrak{M} , je 100 kg bahrfrei Mannheim. Mehl lag fest aber ruhig, man verlangte für

Weizenmehl 1 Basis 8250 \mathfrak{M} , während die zweite Hand zu 6000-7900 \mathfrak{M} für je 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen am Markte war. Weizen-Nachmehl nannte man mit 5000 \mathfrak{M} , Weizen-Futtermehl mit 4000 \mathfrak{M} und Weizenkleie mit 3000 \mathfrak{M} die 100 kg ab Mühlenstationen.

Devisenmarkt

Mannheim, 21. Aug. (4.10 Uhr nachm.) Es notierten am hiesigen Platz (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): New York 1115, Holland 43 450, London 4990, Schweiz 21 250, Paris 8000.

Frankfurt a/M., 21. Aug. (Drahtb.) Unter mäßigen Abschwächungen verkehrten ausländische Zahlungsmittel. Im Verlaufe trat eine merkliche Abschwächung hervor, wobei die Preise unter großen Schwankungen nachgaben. Im amtlichen Verkehr stellten sich aber Käufe ein, die zu einer Erholung führten. Im freien Fröhverkehr wurden folgende Kurse genannt: London 5550-5450 (amtlich 5262½), Paris 9750 (9437½), Brüssel 9325 (8775), New York 1240-1225 (1171), Holland 48 100 (47 750), Schweiz 23 500 (22 775), Italien 5530 (5350).

Frankfurter Notenmarkt

von 21. August 1922.

	Gold	Brief	Gold	Brief
Amerikanische Noten	1167.50	1169.50	—	—
Dänische	87.55	87.84	189.90	200.20
Englische	249.75	250.25	932	950
Franken	52.95	53.05	—	—
Holländische	927.75	929.50	22328	22372
Italienische	43.50	43.75	3825	3704
Oesterreich abg.	922.5	923.0	67.50	68.50
Ungarische	1.52	1.72	—	—

Tendenz: schwankend.

Berliner Devisen.

Anteil	18. August		19. August	
	Gold	Brief	Gold	Brief
Holland	1644.10	44755.90	45692.80	45837.20
London	8739.00	878.95	8875.85	8901.15
Paris	199.75	200.25	20424.40	20475.60
Brüssel	24816.90	24881.10	25358.20	25431.75
Stockholm	30365.00	30448.00	31561.10	31635.90
Helsingfors	2436.90	2463.10	2531.80	2558.20
Oslo	324.40	326.60	338.30	340.70
London	5143.55	5155.15	5253.40	5265.80
New-York	1188.55	1161.65	1168.63	1171.47
Paris	926.40	928.60	936.23	938.75
Brüssel	22172.05	22227.75	22322.05	22377.35
Stockholm	18227.15	18272.75	18327.05	18372.35
Oslo	1.35	1.39	1.47	1.47
Wien abg.	3205.95	3214.05	3243.83	3254.45
Frankfurt	71.91	76.10	67.41	67.93

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat September 19,25 (19,50) arg. Pes., Oktober 18,95 (19,30) arg. Pes., Rosario für den Monat September 19,05 (19,35) arg. Pes., Posadas.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland, garantiert reines, rohes Öl per 100 kg inkl. Holzfaß, Originaliara, Abgangsgewicht, 10b oder bahrfrei prompt 48,— (49,25) fl., Ende August 47,50 (48,50) fl., September 48,— (49,25) fl., Oktober 45,— (45,75) fl., Oktober-Dezember 44,— (44,75) fl., Januar-April 41,50 fl.

Brown, Boveri & Co. A.-G. in Mannheim. Die Nachricht in der Samstag Abendausgabe (19. 8. 1922, Nr. 380), daß die Gesellschaft auch für dieses Jahr keine Dividende zur Verteilung bringt, beruht auf einer uns bedauerlicherweise zugegangenen falschen Meldung. Es handelt sich bei dieser Meldung um die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Co. Baden (Schweiz). Das Mannheimer Unternehmen brachte, wie wir bereits vor einigen Wochen an der selben Stelle mitteilten, für das Jahr 1921 eine 15%ige Dividende zur Verteilung.

Preiserhöhung für Dachpappen. Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat am 19. August 1922 die folgenden neuen Richtpreise für Dachpappe festgesetzt: Für Dachpappe mit 80er Rohpappeneinlage 73 \mathfrak{M} , 100er 81 \mathfrak{M} , 150er 44 \mathfrak{M} , 200er 35 \mathfrak{M} für den qm, bei waggonweisem Bezug auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen gleiche Barzahlung ohne Abzug. Außerdem wurden für Isolierpappe die nachstehenden Richtpreise beschlossen: Für Isolierpappe mit 80er Rohpappeneinlage 87,50 \mathfrak{M} , 100er 79,50 \mathfrak{M} , 125er 73,50 \mathfrak{M} für den qm.

